

Ratsantrag: Existenzsicherung

durch leistungsübergreifende Kooperation

Beim Übergang aus dem ALG II-Leistungsbezug zu Kinderzuschlag und Wohngeld ist nicht immer die Existenzsicherung garantiert.

Es können massive Zahlungslücken entstehen, wenn SGB II-Leistungen eingestellt und die Bewilligung dieser gesetzlich vorrangigen Leistungen noch nicht erfolgt ist. Wir sehen hier Handlungsbedarf.

Daher schlagen wir vor, dass die Leistungsgewährung ämterübergreifend erfolgen und die Übergänge fließend und ohne Lücken organisiert werden sollen. Das Jobcenter hätte dabei die Aufgabe, frühzeitig zu erkennen, dass vorrangige Leistungen möglich sind und anschließend persönliche und zusätzliche Beratungen für Leistungsbechtigte durchzuführen. Hierbei sollen unabhängige Sozialberatungsstellen mit einbezogen werden. Eine zeitnahe Bearbeitung und Auszahlung könnte die finanzielle Absicherung der Leistungsempfänger*innen gewährleisten.

Harald Wölter, Ratsmitglied und gesundheitspolitischer Sprecher

Ratsantrag: Eingliederungsleistungen

bündeln und optimieren



SGB II-Leistungsberechtigte sollen in Zukunft kommunale Eingliederungsleistungen „aus einer Hand“ erhalten. So fordern wir GRÜNE.

Um eine ganzheitliche und umfassende Beratung, Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung in Arbeit sicherstellen zu können, sollten Leistungen wie Betreuung von Kindern, häusliche Pflege von

Angehörigen, Schuldnerberatung, psychosoziale Beratung und Suchtberatung nicht isoliert wie bis jetzt, sondern gebündelt und in Kooperation der einzelnen Träger untereinander erbracht werden. Hierzu soll ein Konzept entwickelt und Versorgungslücken aufgedeckt werden.



Sylvia Rietenberg, Ratsmitglied und sozialpolitische Sprecherin

TERMINE

12. Juli 2017 | 17:00 Uhr
Haupt- und Finanzausschuss

@ Festsaal, Rathaus, Prinzivalmarkt 8-9, 48143 Münster

Der Rat der Stadt Münster tagt öffentlich, die Tagesordnung kann fünf Tage vor der Ratssitzung von der städtischen Website heruntergeladen werden:

www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/si0040.php

12. Juli 2017 | 17:30 Uhr
Rat

@ Festsaal, Rathaus, Prinzivalmarkt 8-9, 48143 Münster

KONTAKT

Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster
Windthorststr.7 | 48143 Münster
Tel: 0251-8995810
ratsfraktion@gruene-muenster.de
Öffnungszeiten:
Mo. - Do. 10.00 - 17.00, Fr. 10.00 - 13.00

RAT KONKRET abonnieren

Sie können RAT KONKRET kostenlos als PDF-Datei abonnieren. E-Mail genügt:
rat.konkret@gruene-muenster.de.

Impressum

Herausgeberin: Grüne Ratsfraktion Münster
Bild S. 4: Presseamt Münster / Joachim Busch
Druck: CCC, Redaktion: Claudia Dana Csiszér
V.i.S.d.P.: Thomas Marcinkowski,
c/o Fraktionsgeschäftsstelle

Klimaneutral gedruckt auf Umweltschutzpapier

RAT KONKRET

Aktuelle Themen: Personalpolitik | Grüner Weiler | Wohn-Ressourcen bündeln | Nachhaltigkeit planen | Eingliederungsleistungen aus „einer Hand“ | Mühlenhof | Stadttheater | Existenzsicherung

Liebe Leser*innen,

der Rat hat in seiner jüngsten Sitzung Position bezogen: In den letzten sechs Wochen vor einer Wahl sollen insbesondere in Schulen keine Veranstaltungen einzelner Parteien mehr stattfinden.

Dieser Ratsbeschluss, der auf schwarz-grüne Initiative zustande kam, soll sicherstellen, dass der Lernort „Schule“ speziell in der oft sehr kämpferischen Schlussphase eines Wahlkampfes in den Verdacht der Parteilichkeit gerät. Im Gegensatz hierzu betrachten wir es als originäre Aufgabe der Schule, Schüler*innen für demokratische Willensbildungsprozesse vorzubereiten und ihnen die Notwendigkeit aktiver Einmischung in die Gesellschaft zu verdeutlichen.

Daher begrüßen wir es sehr, wenn an Schulen pluralistisch besetzte Podiumsdiskussionen stattfinden, sei es als Bestandteil von Unterrichtsveranstaltungen, sei es auf Initiative der Schüler*innen, SV, Lehrer*innen, Schulleitung oder Eltern, um der Zuhörer*innenschaft politische Themen auch gerade durch Austausch der verschiedenen Argumente näherzubringen. Selbstverständlich kann dies nicht die einzige Methode sein, Interesse an gesellschaftlichem Engagement zu wecken. Aber neben der Motivation für konkrete kommunale und internationale Projekte und der Sensibilisierung für lokale und globale Fragestellungen und Zielkonflikte kann dies eben auch ein sinnvoller Baustein sein.



Für Ihre grüne Ratsfraktion
Otto Reiners, Fraktionssprecher

Grüner Weiler
zu Gast bei der Ratsfraktion

Mitglieder der Wohngenossenschaft Grüner Weiler eG waren bei uns zu Gast, um über ihr Wohnprojekt, das sie über die Stadtgrenzen hinaus als eine Art Leuchtturm-Projekt sehen, zu informieren.

Die Initiator*innen planen mit intelligenten Wohnraumkonzepten für Alleinstehende, Paare, Familien, alte und junge Menschen architektonisch anspruchsvoll zu bauen. Für circa 250 Bewohner*innen soll bezahlbares Wohnen geschaffen werden – generationenübergreifend und nachhaltig.



Thorsten Liebold, Henrich Buchmann, Manuela Liebold, Hendrik Elshof, Reiner Kuhn (alle Grüner Weiler), Dr. Rita Stein-Redent, Otto Reiners, Christoph Kattentidt, Reinhard Scholz, Jörn Möltgen, Sylvia Rietenberg (alle GRÜNE)

Vorgesehen ist verdichtetes Wohnen mit gemeinsamer Infrastruktur; eine Kultur des Teilens sowie eine energie- und ressourcensparende Lebensweise, Integration und Vielfalt sind der Wohngenossenschaft ein wichtiges Anliegen. Dies stieß auch bei der grünen Ratsfraktion auf große Resonanz.

Mehr Infos unter: www.gruener-weiler.de

Ratsantrag: Nachhaltigkeit planen und sozial gestalten

Münster hat sich in vielerlei Hinsicht auf den Weg gemacht, sich in den kommenden Jahren noch sozialer und ökologischer auszurichten. Hierzu hat der Rat bereits im letzten Jahr die sog. Nachhaltigkeitsziele verabschiedet, also die Ziele, die wir als Stadtgesellschaft in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erreichen wollen.

Dazu gehören aus dem sozialpolitischen Bereich

- ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters zu gewährleisten,
- eine inklusive und damit auch barrierefreie Gestaltung unserer Stadt,
- eine inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung auszubauen,
- Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit zu fördern,
- Armut in allen Formen zu überwinden und
- die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen.

Auch weitere Zukunftsprozesse und Handlungskonzepte wie der Masterplan altersgerechte Quartiere sind bereits auf den Weg gebracht. Das Ganze soll unterstützt werden mit dem Aufbau eines themenübergreifenden Informations- und Datenportfolios. Hierzu gehört auch ein Sozialmonitoring, mit dem sich mögliche Problemlagen frühzeitig erkennen lassen. Schließlich wollen wir mit einer „Integrierten Sozialplanung“ die Teilhabemöglichkeiten der Menschen verbessern. Diese ermöglicht es auch, die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zu anderen politischen Handlungsfeldern wie Arbeitsmarkt, Bildung und Gesundheit stärker noch als bisher zu berücksichtigen. Hierbei sollen alle mit der Auswertung sozial-, gesundheits-, arbeits-



markt- und bildungspolitischer Informationen befassten Stellen der Verwaltung in einer Einheit „Empirie und Sozialplanung“ zusammenarbeiten.

Harald Wölter, Ratsmitglied und gesundheitspolitischer Sprecher

Der Mühlenhof: Es geht weiter

Der Mühlenhof kann seine Arbeit fortsetzen. Mit der Verlängerung des eingeräumten Darlehens in Höhe von 150.000 Euro für weitere zehn Jahre schuf der Münsteraner Rat dafür einstimmig die Voraussetzung.

Die GRÜNEN verbinden mit der Verlängerung des Darlehens jedoch auch die Erwartung an den Trägerverein, eine neue zukunftsweisende strategische Ausrichtung zu erstellen. Potentiale im musealen, Event-, Bildungs- sowie im Nachhaltigkeitsbereich sollten klug abgewogen werden. Vorstellbar ist z.B., dass der neue Hofladen oder Gastronomiebereich ausschließlich regionale und biologisch angebaute Artikel verwendet. Nach den Turbulenzen in der Vergangenheit sah der Großteil des Rates, wie auch wir GRÜNE, den Verein inzwischen auf einem guten Weg: Der erstmals veranstaltete Westfälische Weihnachtsmarkt wurde als attraktivster in Münster bewertet, das Engagement der vielen Ehrenamtlichen wurde gewürdigt.



Und zum Schluss sei hier auch denen, die den Mühlenhof noch nicht besucht haben, ein Besuch ans Herz gelegt:

Mühlenhof, Theo-Breider-Weg 1, Münster
Öffnungszeiten: März bis Oktober
Di. - So. von 10.00 – 18.00 Uhr
Einlass bis 17.00 Uhr

Ratsantrag: Personalpolitik strategisch und demographisch ausrichten

Um der wachsenden Stadt Münster gerecht zu werden, wurden in den letzten Jahren viele neue Stellen besetzt; in der Verwaltung, in Kitas, im Offenen Ganztage oder auch in der Betreuung und Integration von Geflüchteten.

Da der Bedarf in diesen Bereichen stetig wächst und auch Änderungen im Personalschlüssel zu erwarten sind, ist mit einer weiteren Stellenmehrung sowie mit einer steigenden Zahl von neuen Aufgaben zu rechnen. Für den Haushalt ergeben sich somit eine Reihe von Problemen wie ein stetig wachsender Personaletat, wachsende Versorgungsleistungen sowie Pensionslasten. Vor diesem Hintergrund fordern wir GRÜNE eine strategisch und demographisch ausgerichtete Personalpolitik, die sich Herausforderungen und dauerhafter Finanzierbarkeit einer wachsenden und bunten Stadt stellt. Für die Erarbeitung eines Ziel- und Masterplanes soll eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitgliedern der Fraktionen und Gruppen im Rat, Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Vertreter*innen des Personalrats und der Gleichstellungsbeauftragten bis zur Sommerpause 2017 eingerichtet werden.

Ratsantrag: Ressourcen bündeln Potenziale ausschöpfen

Um bezahlbaren Wohnraum in der Stadt Münster sicher zu stellen und die steigenden infrastrukturellen Bedarfe zu befriedigen, muss u. a. die Entwicklung neuer Quartiere beschleunigt werden.

Hierzu ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der Westfälischen Bauindustrie GmbH (WBI) und der KonvOY (Konversion der Oxford- und Yorkkaserne) notwendig. Durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag soll geregelt werden, dass

ergänzende Funktionen wie die Entwicklung und Realisierung von Baumaßnahmen im städtischen Interesse, insbesondere für soziale und kulturelle Zwecke, von der WBI übernommen werden.

Aufgabe der Verwaltung sollte auch die Prüfung sein, ob im großen Bestand der Stadtwerke Münster GmbH nicht benötigte Grundstücke zugunsten einer bedarfsgerechten Stadtentwicklung in den Besitz der WBI übertragen werden können.

Arbeit des Stadttheaters abgesichert

Der Rat hat dem Abschluss eines neuen Managementkontrakts mit dem Theater mehrheitlich zugestimmt – gegen die Stimmen der SPD.

Damit verfügt das Theater bis 2022 über eine solide finanzielle Absicherung; eine jährliche Anpassung ist ebenso vorgesehen wie die Zuschusserhöhung bei Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst.



Zudem beschloss der Rat die Anzahl der Termine für Gastspiele und -konzerte auf bis zu 80 zu erhöhen, um so noch freie Raumkapazitäten besser nutzen und das Angebot verbessern zu können.



Raimund Köhn, Ratsmitglied und kulturpolitischer Sprecher